

SPD Baden-Württemberg Gesprächskreis Christinnen/Christen und SPD



Brief an SPDler/innen im Oktober 2014

**„Der Frieden ist der Ernstfall“ (Gustav Heinemann)
- oder Deutschland übernimmt Verantwortung**

Liebe(r)

als Sprecher/innen und als Gesprächskreis Christen und SPD beim Landesverband Baden - Württemberg haben wir uns damit auseinandergesetzt, was die von Bundespräsident, Bundesverteidigungsministerin und auch vom Bundesaußenminister aufgeworfene Behauptung einer „Zunahme deutscher Verantwortung“ meint und was dies für eine friedenspolitische Position der SPD aus unserer Sicht heißt. Damit wollen wir einen Beitrag für den innerparteilichen Diskurs leisten und deshalb schreiben wir Dir.

Wir sind davon überzeugt, dass niemand in der SPD Krieg führen will, nehmen allerdings wahr, dass die Partei keinen „friedenspolitischen Kompass“ hat. Dies vermischen wir sehr! Nicht erst seit diesem Jahr und den Debatten seit der Münchner Sicherheitskonferenz, sondern seit langer Zeit.

Obwohl es nach dem 2. Weltkrieg in Deutschland einvernehmliches Ziel war, keine Rüstungsgüter zu produzieren bzw. zu exportieren, wurde dies in den Jahren nach der Entscheidung für die Bundeswehr bald aufgegeben. Auch die Festlegung, nicht in „Spannungsgebiete“ zu exportieren, ist bereits seit 1974 Makulatur geworden. Wir möchten auch betonen, dass von der SPD bereits im Koalitionsvertrag 2005 die Formulierung mitgetragen worden sei, dass Rüstungsexporte auch dazu dienen dürfen, politisch Einfluss zu nehmen. Noch schlimmer bewerten wir, dass Waffenlieferungen als „Türöffner“ benutzt werden, um zivile Aufträge zu bekommen, weil mit der Verkleinerung der Bundeswehr seit 2009 Rüstungsstandorte nicht mehr ausgelastet sind.

Wir raten in diesem Zusammenhang dringend, dass die SPD dem Mythos des Arbeitsplatz - Schutzes entgegentritt. Die Fakten sprechen eine andere Sprache: Von den einst 400.000 Arbeitsplätzen nach der deutschen Einheit gibt es heute nur noch weniger als 90.000 (mit der Elektroindustrie bis zu 140.000); 0,24% aller Arbeitsplätze in Deutschland befinden sich in 90 Rüstungsunternehmen was einem Anteil von 0,98% am BSP entspricht. Wir betonen dies auch im Lichte der baden - württembergischen Bodenseeregion, die mit ihren 27 Betrieben eine höhere regionale Abhängigkeit von der Rüstungsproduktion aufweist. Hier bedarf es einer speziellen regionalen Konversion. Es ist uns unverständlich, dass auch SPD-Politiker argumentieren, dass man in allen militärischen Bereichen konkurrenzfähig und national unabhängig sein müsse. Anstatt auf die Umstellung auf andere Produkte hinzuwirken, würden immer mehr Rüstungsgüter exportiert, vom geheim tagenden Bundessicherheitsrat abgesegnet. Die SPD muss auch die IG Metall dafür gewinnen, beim Umbauprozess der Rüstungsindustrie mitzuwirken, auch angesichts der Bedeutung dieses Sektors für die Volkswirtschaft den wir uns ganz offensichtlich wirtschaftlich leisten können.

Erinnern möchten wir auch an das Hamburger Programm, in dem die Ächtung des Einsatzes von Atomwaffen enthalten ist, das aber bisher nicht umgesetzt wird. Um dies zu erreichen, müsste sich die SPD dafür einsetzen, dass die NATO-Doktrin verändert wird, die ja sogar nach wie vor den Ersteinsatz von Atomwaffen nicht ausschließt. Stattdessen thematisiert die SPD trotz ihrer friedenspolitischen Programmatik derzeit nicht einmal den Abtransport der Atomwaffen von deutschem Territorium fordern.

Wir stellen des Weiteren kritisch fest, dass die SPD den im Parteiprogramm konstatierten Einsatz für eine Weltinnenpolitik mit allen dazugehörigen Instrumenten nicht zeigt, sonst würde sie sich stärker für den Ausbau ziviler Instrumente zur Früherkennung und Krisenprävention einsetzen.

Wenn man die aktuellen Konflikte ernst nimmt, muss die SPD sich dafür einsetzen, im Kampf gegen die Terrormilizen des IS eine robuste, von der UNO mandatierte Truppe in den Irak zu schicken und daran muss sich auch Deutschland beteiligen. „Aber auch wenn es gelingt, alle 31.000 Kämpfer des IS zu beseitigen, bleibt das Problem, dass Millionen junger Menschen perspektivlos aufwachsen und eine leichte Beute für islamistische Verführer sind. "Seit dem 12.9.2001 führen wir Krieg gegen den Terrorismus, aber für jeden getöteten Terroristen wachsen zehn nach“, so der renommierte Journalist Andreas Zumach in Stuttgart am 26.9. d. J..

Die Waffenlieferungen, die Luftangriffe und die Ausbildung von Bodenkämpfern halten wir im Kampf gegen den IS für falsch. Die Terrormilizen besitzen schließlich hochmoderne Waffen (auch deutscher Provenienz) und kein Land ist in den letzten 30 Jahren so durch Waffenlieferungen destabilisiert worden wie der Irak. Aus Deutschland stammten die Giftwaffen Sad-dam Husseins und die Waffen, mit denen er Kuwait überfiel. Dann wurde der legitime Aufstand gegen den völkerrechtswidrigen 3. Golfkrieg 2003 im Irak mit westlichen Waffen genährt; erst wurden die Sunniten bewaffnet, dann die Schiiten. Man kann deshalb fast mit Sicherheit damit rechnen, dass die jetzt gelieferten Waffen auch falsch eingesetzt werden.

Die entscheidenden Herausforderungen bleiben, nämlich wie man den Nährboden für Islamismus austrocknen kann. Wir fordern für die SPD einen Diskurs darüber, wie eine Art „Marschall-Plan Nahost“ aussehen könnte, sodass die betroffenen Länder in die Lage versetzt werden, ihre eigene Bevölkerung zu ernähren und die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerungen zu befriedigen. Derzeit studieren dort zwar viele junge Leute, gehen aber in die Arbeitslosigkeit. Unser duales Bildungssystem halten viele Länder für vorbildlich und nachahmenswert, insbesondere bzgl. Handwerker.

Nach unserer Auffassung gebietet die außenpolitische Verantwortung Deutschlands,

- die Einschränkung und das Verbot von Rüstungsexporten; insbesondere Kleinwaffen sind die Massenvernichtungswaffen, die in den Empfängerländern unglaublichen Schaden anrichten
- einen konkreter Einsatz zur Stärkung der UNO, bei der die Bewältigung der großen globalen Herausforderungen, wodurch
- sich für eine gerechte Außenwirtschafts- und Handelspolitik einzusetzen, statt mit „Partnerschaftsverträgen“ eine Politik zu betreiben, die zum Vorteil seiner Unternehmen und zum Nachteil der wirtschaftlich schwächeren Länder gerät
- dass Deutschland wieder ein Vorreiter in der Umweltpolitik wird und
- dass das Bildungs- und Gesundheitswesens gestützt wird, denn teurer als Bildung ist nur Nicht - Bildung.

Wir glauben, die SPD analysiert dieses Politikfeld nicht eigenständig und unabhängig. Daher findet sie keinen klaren friedenspolitischen Kurs, laviert und wird in der Regierung „erpresst“.

Als Sprecher/innen des Gesprächskreises Christen und Politik hoffen wir als „Salz der Erde“, sind damit gelegentlich auch „Salz in der Suppe“, wenn es gilt Partei, Kirchen und Gesellschaft mit ihrer Verantwortung zu konfrontieren. Dies streben wir auch mit diesem Brief an Dich an. Über eine Antwort - und noch wichtiger - eine veränderte SPD Politik freuen wir uns!

Ansonsten hoffen wir Dich beim Deutschen Evangelischen Kirchentag in Stuttgart im Juni nächsten Jahres vielleicht begrüßen zu dürfen.

Angela Madaus, Rainer Lang, Stephan Fischer, Thomas Scholz und Rainer Hub